

Was und wer verbirgt sich hinter der „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union?



Eine
Basisinformation
von
Attac
Stuttgart und Region

EU soll wirtschaftliche Führungsmacht werden

Im Jahr 2000 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel in Lissabon, die EU „bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Die Lissabon-Strategie hat den gleichen Stellenwert wie die Errichtung des Binnenmarktes, die Einführung des Euro und die EU-Erweiterung und ist aus diesem Grund von herausragender Bedeutung. Diese Strategie ist einer der Hauptgründe für die Zerstörung des Sozialstaats in Europa.

Im Dezember 2004 versprach EU-Kommissionspräsident Barroso der UNICE, europäische Vereinigung von Industrie- und Arbeitgebern und einer der bedeutendsten Lobbyverbände in Brüssel, das Vortreiben der Lissabon-Strategie sei höchstes Ziel der von ihm geleiteten Kommission. Und EU-Industrie-Kommissar Verheugen erklärte bei seiner Anhörung im EU-Parlament, er wolle sämtliche Instrumente einsetzen, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie „auf dem Weltmarkt mithalten können“.

„Halbzeitstudie“: der Masterplan zur Umsetzung

Im November 2004 wurde die Halbzeit-Studie der Lissabon Strategie „Die Herausforderung annehmen“ publiziert. Es ist nicht nur eine Bilanz der bereits eingeleiteten Schritte auf dem Weg zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“, sondern mehr noch ein Masterplan zur Erreichung dieses Ziels. Diese Empfehlungen, verfasst von einer 13köpfigen Sachverständigengruppe unter Leitung des ehemaligen holländischen Ministerpräsidenten Wim Kok, in der auch der Vize-Präsident von Nokia und der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) mitwirkten, wurden im März 2005 auf dem letzten EU-Gipfel diskutiert.¹

In ihrem Abschlusscommuniqué des EU-Gipfels im März beschwört die EU-Kommission wiederholt die Notwendigkeit von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, die „Erschließung des Humankapitals“, Senkung der staatlichen Beihilfen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Reform der Sozialschutzsysteme. Da das **Humankapital der wichtigste Aktivposten Europas** ist, soll „**lebenslanges Lernen, geographische und berufliche Mobilität**“ der Arbeitnehmer die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Konzerne erhöhen, wozu auch „neue Formen der Arbeitsorganisation und eine **größere Vielfalt der Arbeitsverträge**“ zählen.²

Um die Ziele der Lissabon-Strategie zu realisieren, soll unter anderem die Erwerbstätigenrate auf europaweit 70% ansteigen. Dass dieses Ziel trotz der anhaltend großen Arbeitslosigkeit in der EU bei gleichzeitiger Verlängerung statt Verkürzung der Arbeitszeiten so angepeilt wird, lässt tief blicken. Denn nicht einmal der größte Wachstumsillusionist kann glauben, dies sei ohne drastische Lohnsenkungen möglich. Diese können zwar statistisch die Arbeitslosigkeit eindämmen, faktisch führen sie zu einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften, die nicht besser gestellt sind als ein großer Teil der Arbeitslosen heute. Demgegenüber erfordert dann das „Lohnabstandsgebot“, die Arbeitslosen wiederum deutlich schlechter zu stellen als heute.

Es ist zu befürchten, dass Arbeitssuchende zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden und dass Hartz IV und die ICh-AG's erst der Anfang einer Entwicklung sind, bei der die Länder mit den niedrigsten Sozialstandards in Europa beispielgebend für die anderen EU-Mitgliedsstaaten werden.

Damit „sich Arbeit wieder lohnt“, werden europaweit die Sozialleistungen bis unter das Existenzminimum gedrückt. Man erweckt den Eindruck, dass die tendenzielle Angleichung der Löhne nach unten die einzige

Möglichkeit sei, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu können. Das nennt man dann: die „Wettbewerbsfähigkeit“ steigern.

„Reform“konzept Sozialabbau

Um die Akzeptanz der Lissabon-Strategie zu erhöhen, sollen Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen „konstruktiv“ an den „Reformen“ mitarbeiten. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen „nationale Programme ausarbeiten, mit denen sie sich zur Durchführung von Reformen verpflichten und Bürger und Stakeholder (betroffene Interessengruppen) in den Prozess einbinden.“

Damit sind die „Renten-, Gesundheits- und Sozialreformen“ gemeint, die bei uns in dem nicht zuletzt neue Armut produzierenden Hartz IV Programm gipfeln. Agenda 2010 und Hartz IV sind Teil einer europäischen „Reform- und Wachstumsstrategie“, die zwar den Konzernen Riesengewinne beschert, jedoch Arbeitsplätze eher vernichtet als schafft - und Kosten für Alters- und Gesundheitsversorgung zunehmend den Einzelnen aufbürdet.

Aufgrund eines ruinösen Wettbewerbs um die niedrigsten Steuern für Unternehmen, nochmals verschärft durch die EU-Erweiterung, haben Staat und Kommunen immer weniger Einnahmen. Statt ernsthaft nach Wegen zur nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu suchen und aus der Zivilgesellschaft hierzu gemachte Vorschläge ernsthaft zu prüfen, hat man „Reformen“ auf den Weg gebracht, deren Kern in drastischen Kürzungen im Sozialbereich besteht. Die Gewerkschaften hat man bereits erfolgreich in die Defensive gedrängt. Erpressung gewerkschaftlicher Zustimmung zu Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung durch die Drohung, Arbeitsplätze zu verlagern, kommt immer mehr in Mode.

Lobbyverbände konzipieren Lissabon-Strategie

Konzipiert wurde die Lissabon-Strategie maßgeblich von einem „Beratergremium zur Wettbewerbsfähigkeit“, berufen von dem ehemaligen EU-Kommissionspräsident Santer und besetzt mit 13 prominenten Industriellen, Gewerkschaftlern, Bankmanagern, Akademikern und Politikern. Vorsitz dieser Gruppe hatte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des ERT (Europäischer Runder Tisch der Industriellen - eine mächtige Lobbygruppe) und Vorsitzender von Unilever Floris Maljers. Dementsprechend wurde die Verabschiedung der Lissabon-Strategie als großer Erfolg des ERT gefeiert. Die neoliberalen Reformen der EU werden als „**doppelte Revolution**“ bezeichnet:

„Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“³

In ihrer Stellungnahme zum EU-Gipfel verlangt die UNICE eine Bewertung von Gesetzesvorschlägen durch Unternehmen, Reform der Sozialversicherungssysteme, Senkung der Unternehmenssteuern, flexiblere Arbeitsmärkte und die Umsetzung der Binnenmarkts-Gesetzgebung. D.h. die Einbeziehung der Industrie in die EU-Gesetzgebung soll legalisiert werden.

Falls sich in der EU kein großes Protestgeschrei gegen diese Ungeheuerlichkeit erhebt, könnte die Großindustrie demnächst legal die EU-Gesetze mitgestalten.

Schon jetzt haben die Lobbyisten erheblichen Einfluss auf EU-Gesetzesinitiativen. „Mehr als einmal habe er (durch geschicktes Einspannen von Medienvertretern) unliebsame Vorschriften und Entscheidungen für seine Klientel noch im Entwurfsstadium abwenden oder ändern können, sagt ein Industrielobbyist.“⁴

Der Zusammenhang zwischen Lobbyismus, der EU-Verfassung, der Lissabon-Strategie und dem umstrittenen Entwurf für eine **Dienstleistungsrichtlinie** bleiben der europäischen Öffentlichkeit weithin verborgen. Die Notwendigkeit von „Reformen“, die den sozialen Wohlfahrtsstaat (welfare) durch einen „workfare“ Staat ablösen, werden weiterhin im nationalen Kontext diskutiert, die europäische Dimension wird weithin außer acht gelassen.

Der Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie im Binnenmarkt zeigt, was die konkrete Umsetzung der Lissabon-Strategie bedeutet: In Zukunft sollen „Dienstleistungserbringer“ nicht mehr den Regeln des Landes unterliegen, in dem sie tätig sind, sondern allein denen ihres „Herkunftslands“. Wenn diese Richtlinie Gesetz wird, können sich Großunternehmen durch Sitzverlagerung oder durch simple Gründung einer Briefkasten-Firma im EU-Ausland lästiger inländischer Auflagen entledigen. Örtliche Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen, Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz könnten auf einfache und billige Weise unterlaufen werden.

Die Presseberichterstattung über den EU-Frühjahrgipfel vermittelte den Eindruck, dass die europäische Protestbewegung ihren Kampf gegen diesen Richtlinienentwurf gewonnen habe. Das entspricht allerdings nicht der Realität. Der Entwurf befindet sich jetzt mit ca 900 anderen Gesetzesvorlagen im ganz normalen EU-Gesetzgebungsverfahren.

„Tatsache ist daher, dass weder die anderen Regierungschefs, noch die EU-Kommission das Heimatlandprinzip in Frage stellten, sondern dass der EU-Ministerrat faktisch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Dienstleistungen gemäß der Bolkestein-Direktive beschlossen hat. Die ursprüngliche Bolkestein-Richtlinie wird daher, ungeachtet der taktischen Abwiegungsversuche Hollandes und Chiracs, nach dem EU-Referendum in Frankreich europaweit umgesetzt werden!“⁵

Zivilgesellschaftliche Alternativen zur Lissabon-Strategie

Angesichts der zunehmenden Zerstörung des europäischen Sozialstaats muss die Lissabon-Strategie endlich in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Der letzte EU-Gipfel hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, „ihr nationales Reformprogramm im Herbst 2005“ vorzustellen, es kann also in den nächsten Monate mit neuen „Reformen“ in der Gesundheits-, Renten-, Arbeits- und Sozialpolitik gerechnet werden. Es ist höchste Zeit, dass die europäische Zivilgesellschaft umfassende Alternativen zur Umwandlung unserer Gesellschaft entwickelt:

- Nachhaltige Finanzierung von Gemeinaufgaben statt weiterer Sozialabbau
- Eine Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben und neue selbstbestimmte Arbeit ermöglicht, - an Stelle von Hartz IV und ähnlichen Programmen
- Eine effektive und gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkünften, Spekulationsgewinnen und Erbschaften, - ein EU-Steuersystem, das Steuerdumping nicht zulässt, - die Austrocknung aller Steueroasen
- Entwicklung eines modernen öffentlichen Sektors, der auf der Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher gemeinwesenorientierter Träger basiert, statt weiterer Kommerzialisierung von Dienstleistungen
- Förderung neuer Formen des Umgangs mit Geld und Kapital, durch die Wachstumszwänge durch Zinseszinsseffekte ausgeschlossen werden, statt Förderung der Finanzspekulation und Deregulierung der „Finanzmärkte“
- Konsequente Orientierung der europäischen Politik an den individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechten und am Subsidiaritätsprinzip, das der Selbstorganisation der Beteiligten und Betroffenen den Vorrang vor Reglementierung durch Bürokratie oder Marktmechanismen einräumt

1 „Die Herausforderung annehmen“, Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/2004-1866-DE-complet.pdf

2 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Vorsitzes - Brüssel, 2. und 23. März 2005 - 7619/05, II. Neubelebung der Lissabonner Strategie: eine Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf

3 Erik Wesselius: „Die Lissabon Strategie - Ein revolutionäres Programm der Konzerne für Europa“ in EU global-fatal?!, Hrsg. Attac EU-AG Stuttgart und Region, zu beziehen bei "Verein für eine gerechte Weltwirtschaft" e.V. (VfgWW), 70184 Stuttgart, Steinkopfst. 13, mail: vfgww@gmx.net

4 <http://www.unice.org/Content/Default.asp?PageID=89>, "Support the Commission Initiative Growth and Jobs - Presentation of UNICE Economic outlook Spring 2005"

5 Hajo Friedrich: „Die fünfte Gewalt in Europa regiert mit. Lobbyarbeit in Brüssel bringt mehr als Proteste ein“ In: Das Parlament 17./24. Mai 2004

6 www.NachDenkSeiten.de: am 10.4. 2005: „Die Bolkestein-Direktive wird unverändert umgesetzt“, Prof.A. Rémond, Universität Paris

Grenzen von Wachstum und Wettbewerb

Die EU-Verantwortlichen und unsere PolitikerInnen singen das Hohe Lied von Wachstum und „Wettbewerbsfähigkeit“ und predigen den freien, offenen Markt, gleichzeitig wird Arbeitsplatzvernichtung mit Geldern aus Brüssel subventioniert.

Der Automobilzulieferer Siemens-VDO will große Teile seiner Produktion von Würzburg nach Tschechien verlegen. Dafür will der Konzern Lohnkosten-Zuschüsse von der EU für ein Jahr erhalten

Müller-Milch hat 2004 weit über 30 Millionen Euro für den Ausbau des Molkereistandortes im sächsischen Leppersdorf erhalten - Begründung der EU: Schaffung von 144 Arbeitsplätzen. Verschwiegen wurde, dass mit der Inbetriebnahme der Leppersdorf die Produktionsstätten in Vienenburg/Harz sowie im westfälischen Amelunxen geschlossen werden. Allein in Vienenburg werden rund 150 Arbeitsplätze abgebaut und der bislang dort hergestellte, berühmte „Harzer Käse“ wird jetzt in Sachsen produziert.

Der Mythos von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit suggeriert, dass Wachstum Arbeitsplätze schafft, obwohl das schon lange nicht mehr der Realität entspricht. Trotz Wachstum und großer Unternehmensgewinne werden zunehmend Arbeitsplätze vernichtet, steigende Aktienurse und Unternehmensgewinne gehen nicht mit mehr Beschäftigung einher, sondern sind oft gerade die Folgen von Arbeitsplatzvernichtung. Materielles Wachstum stößt an die Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt. Luftverschmutzung und Lärmbelastung durch zunehmenden Auto- und LKW-Verkehr, u.a. bedingt durch wachsenden Handel, mögen als Stichworte für die Senkung der Lebensqualität durch diese Art des Wachstums genügen.

Die zunehmende Steigerung der Arbeitsproduktivität, die ermöglicht, mit immer weniger Menschen immer mehr zu produzieren, verlangt nach einer **radikalen Arbeitszeitverkürzung** und nach einer Umverteilung von Arbeit, die es Menschen durch ein anständiges Einkommen möglich macht, sich Aufgaben in den sog. „unproduktiven“ Sektoren zu suchen. Nur so kann die Unterversorgung in Bildung, Gesundheit, Sozialwesen und ähnlichen Bereichen überwunden werden.

Attac EU-AG Stuttgart und Region. Kontakt: eu-ag@sozialimpulse.de. Weitere Information unter: www.eu-verfassung.org // www.attac.de/stuttgart // www.attac.de/eu-ag // www.imi-online.de // www.sozialimpulse.de // www.mehr-demokratie.de // Spenden für diese EU-Kampagne erbeten an folgendes Konto: Für eine gerechte Weltwirtschaft. e.V., Konto-Nr.: 68091500, GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 43060967, Stichwort: EU-Verfassung. V.i.S.d.P. Klaus Starke, Millöckerstraße 3, 70195 Stuttgart